

Six-Pack, Two-Pack, EuroPlus-Pakt, Fiskalpakt, ESM etc

Unter dem Eindruck der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise haben die politischen Eliten eine ganze Reihe weitreichender Reformbündel durchgesetzt. Die Logik dieser Pakte und Pakete ist immer die gleiche: Die öffentliche Verschuldung soll durch Ausgabenkürzungen abgebaut und die Wettbewerbsfähigkeit durch Deregulierung und Privatisierung gesteigert werden. Doch diese Politik geht an den Ursachen der Krise vorbei, denn die hohen öffentlichen Schulden sind nicht Folge zu hoher Staatsausgaben. Problematisch wurde der Schuldenstand erst durch die Auswirkungen der globalen Finanzkrise und die gigantischen Bankenrettungsaktionen. Auch eine „zu niedrige Wettbewerbsfähigkeit“ ist nicht das Problem Europas. Vielmehr ist es die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Staaten, insbesondere in der Eurozone, die zu krisenhaften Ungleichgewichten führt.

Die gegen die Krise verabreichte Medizin beruht also auf einer falschen Diagnose. Kein Wunder, dass sie nicht wirkt und die Krankheit sogar noch verschlimmert. Die Kürzungspolitik führt zu einer tiefen Rezession, zu Arbeitslosigkeit, Armut, rückläufigen Steuereinnahmen und immer weiter steigenden Schulden. Zudem höhlt sie die Demokratie aus: Je höher die Schulden sind, umso mehr politische Macht wird von den gewählten Parlamenten an die Europäische Kommission, die Zentralbank und den Internationalen Währungsfonds übertragen. Die Staaten in Südeuropa entscheiden heute nicht mehr souverän über ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik. Und auch im Rest der EU wird der „Einfluss aus Brüssel“ immer größer.

Das Ziel dieser Politik ist ein undemokratischer, neoliberaler Umbau der EU. Daraus machen die politischen Eliten kaum mehr ein Geheimnis. Kommissions-Präsident Barroso spricht von einer „stillen, schrittweisen Revolution“, nach EZB-Präsident Draghi ist „das europäische Sozialmodell gescheitert“ und Bundeskanzlerin Merkel fordert eine „marktkonforme Demokratie“. Die Verabschiedung von Fiskalpakt und ESM war in diesem Prozess ein vorläufiger Höhepunkt. Man kann sich nun fragen, ob es noch schlimmer kommen kann. Es kann – mit der Fiskal- und Wirtschaftsunion.

Was ist die Fiskal- und Wirtschaftsunion?

Laut dem Präsidenten des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, muss die europäische Integration schnell weiterentwickelt werden um die Krise zu

überwinden. Deswegen hat er gemeinsam mit dem Präsidenten der Kommission, Manuel Barroso, dem Präsidenten der EZB, Mario Draghi und Eurogruppen-Chef Jean-Claude Juncker einen Vorschlag zur Schaffung einer „echten Wirtschafts- und Währungsunion“ vorgelegt. Dieses Papier enthält unter anderem eine Reihe von Vorschlägen für eine Fiskalunion und eine stärkere wirtschaftspolitische Integration. Der Rat hat den Vorschlägen während dem EU-Gipfel im Oktober 2012 grundsätzlich zugestimmt. Nun geht es um die Details und den Zeitplan.

Welche Veränderungen sind vorgesehen?

Im Kern enthält der Vorschlag von van Rompuy & Co. drei Maßnahmen. Alle drei zielen darauf ab, den neoliberalen, autoritären Umbauprozess einen großen Schritt voranzubringen. Alle drei bedeuten einen Angriff auf soziale Rechte und Demokratie in Europa

Eurozonen-Budget

Während das EU-Budget unter starkem Kürzungsdruck steht, soll die Eurozone ein eigenes Budget bekommen. Der Unterschied zwischen EU-Budget und Eurozonen-Budget ist nicht nur, dass letzteres nur die 17, statt der 27 Länder einbindet. Hinzu kommt, dass es auf EU-Ebene ein Parlament gibt, das zumindest teilweise eine demokratische Kontrollfunktion übernehmen kann. In der Eurozone gibt es sowas nicht. Zwar wird derzeit überlegt, ein neues Parlament zu schaffen oder das Europäische Parlament so zu flexibilisieren, dass Euro-Angelegenheiten nur von den ParlamentarierInnen aus den Euroländern beschlossen werden. Zweifelhaft bleibt, ob damit eine Institution geschaffen wird, die ausreichende Befugnisse erhält um das Budget zu überwachen. Mit der Schaffung eines separaten Eurozonen-Budgets würde zudem die Spaltung innerhalb der EU weiter vorangetrieben: Am Rande eines „Euro-Kern-Europas“ entstünde ein bröckelnder Rest, der nicht mehr viel mehr wäre als ein Binnenmarkt.

Fehlt die demokratische Kontrolle des Budgets, so könnte damit eine Politik betrieben werden, die den Interessen der Menschen widerspricht. Dieses Vorgehen ist im Papier von van Rompuy & Co. bereits angelegt. Die Details werden derzeit noch ausgearbeitet, aber klar ist bereits, dass das Budget genutzt werden soll um „Anreize zu schaffen, strukturelle Schwächen zu beseitigen“. Die bisherige „Krisenpolitik“ des Europäischen Rates und der Kommission legt eine Deutung dieser Formulierung nahe: Jener Mitgliedsstaat soll am meisten von dem Budget profitieren, der den am weitest reichenden Sozialabbau betreibt.

Strengere Haushaltskontrolle

Six-Pack und Fiskalpakt enthalten eine Reihe von Maßnahmen zur strengeren Kontrolle nationaler Haushalte. Sowohl die Regeln, wie hoch ein Staat verschuldet sein darf, als auch die Sanktionen im Falle des Verstoßes wurden verschärft. Zudem wurde festgelegt, dass die Schulden im Wesentlichen durch Ausgabenkürzungen, nicht etwa durch Steuererhöhungen abzubauen sind. Nun werden Pläne für Kontrollmechanismen geschmiedet, durch die die Staaten zu noch mehr Haushaltsdisziplin gezwungen werden können.

Die grobe Idee, wie das gemacht werden soll, steht: Der Kommission sollen weitere „Durchgriffsrechte“ auf die nationale Politik eingeräumt werden. Finanzminister Schäuble schlägt vor, dem Währungskommissar ein Veto-Recht gegen nationale Haushalte zu erteilen. Eine einzelne, nicht gewählte Person könnte damit die Haushaltsentscheidungen eines Parlamentes torpedieren, wenn sie der Meinung ist, dass nicht genug gekürzt wird.

Vereinbarungen mit vertraglichem Charakter

Alle Euroländer sollen Verträge mit der EU abschließen, in denen sie sich dazu verpflichten, die länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Rates umzusetzen. Diese Empfehlungen wurden 2011 mit dem so genannten Europäischen Semester eingeführt. Weitere ergeben sich aus dem Six-Pack, das Anfang 2012 eingeführt wurde. Die Ausgestaltung dieser Maßnahmen und die bisherigen Erfahrungen damit machen deutlich, was die Inhalte der Verträge sein werden: Lohnsenkungen, Rentenkürzungen, ein Abbau von ArbeitnehmerInnen-Rechten und eine Verkleinerung des öffentlichen Sektors.

Bisher waren die Empfehlungen aus dem Europäischen Semester unverbindlich. Nun sollen sie verpflichtend gemacht werden. Die Regierungen würden die Verträge mit der EU aushandeln. Die parlamentarische Mitgestaltung würde dabei auf ein Minimum reduziert werden. Faktisch würde so die „Memoranden-Politik“, die wir in Südeuropa beobachten können, ausgeweitet. Schon heute wird die griechische Lohnpolitik nicht mehr in Athen, die portugiesische Rentenpolitik nicht mehr in Lissabon und die spanische Arbeitsmarktpolitik nicht mehr in Madrid gemacht. Die wichtigen Maßnahmen werden in Brüssel entwickelt und von der Troika mit den Regierungen ausgehandelt. Die Bundesregierung ist dabei mit ihrer vorherrschenden Stellung im Rat die treibende Kraft. Dieses undemokratische Verfahren soll künftig in ähnlicher Form in der gesamten Eurozone zur Anwendung kommen. Und zwar dauerhaft.

Forderungen von Attac

Die Vorschläge zur Schaffung einer Fiskal- und Wirtschaftsunion bedeuten einen massiven Angriff auf soziale Rechte und Demokratie in Europa. Deshalb setzt Attac sich dafür ein, dass diese Vorschläge nicht umgesetzt werden. Darüber hinaus braucht es einen radikalen Wandel in der gesamten Krisenpolitik. Denn die aktuelle Politik verschärft die Krise nur weiter. Sie verteilt die Kosten nach unten um, statt die Profiteure der deregulierten Finanzmärkte zur Kasse zu bitten. Sie höhlt die Demokratie aus und zerstört die Sozialstaaten.

Attac fordert:

- **Eine Rücknahme sämtlicher Kürzungspakete**, die in Europa in den letzten Jahren durchgesetzt wurden. Diese Maßnahmen verschärfen die Krise und dienen nur dazu, die Kosten nach unten umzuverteilen.
- **Eine Aussetzung des Schuldendienstes** und eine Streichung sämtlicher illegaler und illegitimer Schulden. Durch Audits soll ermittelt werden, welche öffentlichen Schulden überhaupt berechtigt sind.
- **Eine einmalige, europaweit koordinierte Vermögensabgabe** um die Kosten der Krise zu tragen. Das reichste eine Prozent der Gesellschaft soll umfassend an den Kosten der Krise beteiligt werden. Es sind die Superreichen, die mit hochriskanten Spekulationsgeschäften die Krise erst verursacht haben.
- **Eine dauerhafte Stabilisierung der öffentlichen Einnahmen**. Dazu gehören zum Beispiel ein jährliche Vermögenssteuer, höhere Steuern auf Gewinne, Spitzeneinkommen und Kapitalerträge, eine Steuer auf alle Finanztransaktionen sowie ein konsequenter Kampf gegen Steuerflucht und -hinterziehung.
- **Großbanken müssen zerschlagen und der Bankensektor demokratischer Kontrolle unterstellt werden**. Es darf keine „systemrelevanten Banken“ mehr geben, die Staaten erpressen können.
- **Eine strenge Regulierung und Schrumpfung der Finanzmärkte**, die beispielsweise ein Verbot von Hedgefonds, Private Equity Fonds, Leerverkäufen und außerbörslichem Derivatehandel umfasst.
- **Eine konsequente Demokratisierung der europäischen Politik**: Die Rechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente bei europapolitischen Fragen müssen weiter ausgebaut werden.
- **Eine Abkopplung der Staatsfinanzierung von den Finanzmärkten**. Die EZB soll künftig direkt Kredite an die Staaten vergeben statt den kostspieligen Umweg über den privaten Bankensektor zu nehmen. Zudem muss die EZB unter demokratische Kontrolle gestellt werden.